

Riefaer Tageblatt



und Anzeiger (Elbblatt und Anzeiger).

Veranstaltung: Riefaer Tagesblatt.
Zentral-Verlag, Nr. 20

Das Riefaer Tagesblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht und der Rat der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Riechenhain.

Vollständig: Dresden 156
Göteborg Nr. 52

Nr. 274.

Montag, 26. November 1923, abends.

76. Jahrg.

Das Riefaer Tagesblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für die Zeit vom 24. 11. bis 31. 11. 1923: 1000 Mark. Einzelhefte sind für die Nummer des Ausgabejahres bis 3 Uhr vormittags aufzugeben und im Voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Wägen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 89 mm breite, 8 mm hohe Druckstempel-Heft (6 Seiten) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Faltbeilage 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Ausschlag. Keine Tarife. Bewilligter Rabatt erwirkt, wenn der Betrag vorläufig durch Abgabe des Bestellscheins im Voraus bezahlt wird. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger unvorhersehbarer Ereignisse des Verlages der Druckerei, der Lieferanten oder der Vertriebsmittelungen — hat der Verlag keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Gostzeustraße 50. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigentel: Wilhelm Dittich, Riesa.

Die Krisis des Systems.

Gründe der Augenblicksstille haben Dr. Stresemann bei der letzten großen Rede, die er im Reichstage zur Verteidigung seiner Kanzlerschaft gehalten hat, daran gebunden, seine Reststellung, daß es sich um eine Krisis des Parlamentes und nicht der Regierung handle, noch grundsätzlicher und ausführlicher auszudrücken. Bereits bei Lehrenahme der Kanzlerschaft hat Dr. Stresemann, als Warnung und Drohung, darauf hingewiesen, daß kein Kabinett wahrscheinlich das letzte legale Art darstellen würde. Der bisher stets sicher einsetzliche Führer der Deutschen Volkspartei hat nun in monatlangen Kämpfen die andauernde Aufgabe auf sich genommen, das System der parlamentarisch getragenen Regierung, das in ruhigeren Zeiten bereits von Krise zu Krise geführt hat, gegen die wildesten Anstürme der Opposition zu schützen. Er ist in tapferem Kampfe auf offenerm Schlachtfelde für eine Sache gefallenen, an deren Lebensfähigkeit er innerlich selbst nicht mehr glaubt hat. Der Anhänger des für jeden politischen Kampf allerdings bestehenden Systems, mit dessen Hilfe England die erste Macht der Welt geworden ist, hat erkennen müssen, daß nicht auf jedem Boden die gleiche Saat gleiche Frucht bringt. Rosthafte Zeit ist mit unfruchtbaren Partei- und Parlamentskämpfen vergangen, die Stunde fordert so dringlich wie nie zuvor Entschlüsse von grundsätzlicher Bedeutung. Wie ist unsere Lage? Außenpolitisch bleibt Deutschland auf absehbare Zeit einer brutalen Gewaltpolitik ausgesetzt, deren Nachgründen noch unerschüttert stehen, während allerdings das moralische Fundament bereits überall Springe und Risse zeigt. Die innere Selbstbehauptung verlangt Maßnahmen, die in ihrer Brutalität jede Bevölkerungsschicht, jede politische Richtung in die Opposition treiben müssen, wenn sie wirklich Erfolg haben soll. Die Rentenmark ist zwar auf dem Papiere eingeführt, das Programm des Vorstandes der Rentenbank mit seinen bekannten Sauerlungsforderungen ist aber noch nicht einmal in seinen Anfängen in Angriff genommen. Es ist auch keine Hoffnung vorhanden, daß sich eine parteipolitisch umgrenzte Parlamentarismusgruppierung reiflich für die Durchführung von Forderungen einleiten wird, wie sie in Österreich nur durch den von der Entente bestellten Diktator zur Verwirklichung gebracht werden konnten. Im besonderen ist jede Hoffnung auf eine Mitarbeit der Sozialdemokratie nach der jüngst erfolgten Stellungnahme hinfällig. Auch innerhalb der bürgerlichen Parteien besteht nirgendwo die Entscheidung, alle Parteirückstände zu lassen und sich von der Vergangenheit zu lösen. Sollte, allen diesen Tatsachen zum Trotz, nochmals der Versuch einer parlamentarisch-fundierten Regierungsbildung gemacht werden, so ist er von vornherein fast aussichtslos.

Der frühere Reichsminister Albert mit der Kabinettsbildung beauftragt.

Der Reichspräsident hat den Versuch des Reichstagsabgeordneten von Kardorf, ein Kabinett der bürgerlichen Parteien zu bilden, gescheitert, hat der Reichspräsident im Laufe des gestrigen Tages mit dem Reichsminister Dr. Jares, Dr. Brauns und Dr. Gehler die Frage der Kabinettsbildung besprochen. Die Besprechungen führten zu dem Ergebnis, daß zurzeit die Bildung einer Koalitionsregierung keine Aussicht auf Erfolg bietet. Der Reichspräsident hat deshalb am Nachmittage an den früheren Reichsminister Albert folgendes Schreiben gerichtet:

„Meine bisherigen Besprechungen über die Kabinettsbildung haben mich überzeugt, daß es zurzeit nicht möglich ist, eine Koalitionsregierung auf ausreichender parlamentarischer Grundlage zu bilden. Die Lage Deutschlands ist aber in jeder Hinsicht so überaus ernst, daß die Bildung einer verfassungsmäßigen Regierung keinen Aufschub mehr duldet. Ich sehe nur die eine Möglichkeit, eine Regierung bewährter Männer zu bilden, die entschlossen sind, unter Zurückstellung von persönlichen und parteipolitischen Rücksichten ihre ganze Kraft für die Lebensnotwendigkeiten unseres Landes einzusetzen. In dieser schweren Stunde appelliere ich nochmals dringend an Ihre väterländischen Pflichtgefühl, Ihre mir gegenüber und auch von mir gewürdigten Bedenken zurückzusetzen und die Bildung einer solchen Regierung zu übernehmen. Für umgehende Erklärung würde ich Ihnen sehr dankbar sein.“

 Anschließend hatte der Reichspräsident eine Besprechung mit dem Reichsminister a. D. Albert, in deren Verlauf dieser den Auftrag zur Kabinettsbildung übernahm. Der mit der Kabinettsbildung beauftragte frühere Reichsminister Albert verhandelte gestern abend bereits mit verschiedenen Persönlichkeiten über die Zusammenfassung einer überparteilichen Regierung. Wie man in politischen Kreisen annimmt, werde Albert mehrere Minister der zurückgetretenen Regierung, und zwar den Reichsminister Dr. Gehler, den Reichsarbeitsminister Brauns und den Reichsernährungsminister Grafen Raunig in sein Kabinett übernehmen. Als Kandidaten für den Posten des Ministers des Auswärtigen werden der frühere Staatssekretär im Auswärtigen Amt v. Sinae und der deutsche Botschafter in Moskau Graf v. Brockdorff-Rausen genannt. Der „Montagspost“ zufolge werde sich Albert auch um die Mitarbeit von Sozialdemokraten in seinem Kabinett bemühen. So soll der frühere preussische Finanzminister Dr. Sade zu am die Spitze des Reichsfinanzministeriums treten. Wenn Albert die Kabinettsbildung gelingt, so würde er vom Reichstag zunächst ein Vertrauensvotum fordern. Sollte der Reichstag dem Kabinett das Vertrauen verweigern, so würde dann sicher die Auflösung des Reichstages erfolgen.

Stresemann über seinen Sturz.

Kurz nach dem Sturz der deutschen Regierung hat Dr. Stresemann dem Berliner Vertreter des „Daily Express“ ein Interview gewährt. Hierin bemerkte Dr. Stresemann, daß er das Ergebnis der Abstimmung bedauere, weil er gerade ein Telegramm erhalten habe, daß die deutschen Industriellen im Ruhrgebiet mit den Franzosen eine Vereinbarung abgeschlossen hätten. Sie hätte es ihm ermöglicht, sein wirtschaftliches Programm durchzuführen, da die Arbeit im Ruhrgebiet wieder aufgenommen würde. Er werde den Reichspräsidenten bitten, so rasch wie möglich zur Neubildung der Regierung zu scheitern, da ein Interregnum, besonders im Rheinland und in Berlin, gefährliche Folgen haben könnte. Die Koalition mit den Sozialdemokraten sei kein Fehler gewesen, aber diese Koalitionspolitik sei wegen Parteimitgliedschaften zusammengebrochen. Er habe eine deutliche Erklärung des Reichstages erbeten, da nur eine große Mehrheit ihm Vertrauen gesichert hätte. Stresemann, so schließt der Bericht, schreibt die Schuld an der gegenwärtigen Lage nicht nur den wirtschaftlichen Umständen, sondern auch der tiefen Ernüchterung zu, die Deutschland durch die Noten der Alliierten erleiden mußte.

Das Ausland zum Rücktritt des Kabinetts Stresemann.

London. „Times“ nimmt zu dem Rücktritt des Kabinetts Stresemann Stellung und schreibt, der Sturz Stresemanns habe eine besondere Bedeutung. Er sei das Ende einer Epoche, Stresemann habe ein durch die wirtschaftliche Finanzpolitik seiner Vorgänger fast ruiniertes Deutschland regieren müssen. Er habe mit gewalttätigen oder mit diplomatischen Maßnahmen gegen die offene Revolte von Gruppen, Parteien und Staaten ankämpfen müssen. Die wirtschaftlichen und finanziellen Schwierigkeiten, mit denen er zu kämpfen hatte, seien außerordentlich gewesen, aber das unüberwindliche Hindernis, dem er gegenüberstand, habe in den Beziehungen zwischen Deutschland und den Alliierten gelegen. Hier habe Stresemann alles getan, was ein fleißiger Deutscher hätte tun können, um mit den Alliierten zu einer Regelung oder wieder zu Verhandlungen zu kommen. Es sei ihm ohne seine Schuld nicht geblieben. Stresemann habe große Anstrengungen gemacht, freilich ohne Erfolg, weil er nach dem Ausbleiben einer wirklichen Unterstützung von außen seinen Einfluß auf die innere Politik verlor, deren Verwirrung und chaotischer Zustand immer ärger wurde. Paris. Das Ausland berichtet aus Washington, im Welchen Haus lehne man es ab, sich über die Folgen des Rücktritts des deutschen Reichskanzlers Dr. Stresemann zu äußern. Für den Augenblick beschränke man sich auf die Erklärung, daß die Vereinigten Staaten ebenso wie alle zivilisierten Nationen den Zusammenbruch Deutschlands nur bedauern.

Das Ruhrabkommen.

Fast zur gleichen Zeit, als das Kabinett Stresemann dem Ansturm der vereinigten Gegner erlag, ist zwischen den Franzosen und den Vertretern der westdeutschen Industrie ein Abkommen geschlossen worden, das zwar gegenüber dem, was Frankreich vor kurzem noch verlangt hat, einen Fortschritt bedeutet, das aber letzten Endes doch den Rubel einbruch in seinen praktischen Folgen zu legalisieren geeignet ist. Die Industriellen haben sich zur Zahlung einer Kohlensteuer von 15000 Dollar für die Zeit vom 1. Juli bis 1. November bereit erklärt, sie haben weiterhin für jede verkaufte Tonne Kohle eine Abgabe zugestimmt. Sie haben sich verpflichtet, 18 Prozent der Kohleproduktion ohne Entscheidung abzugeben und alle vorhandenen Vorräte vom 1. Dezember ab an die Feindmächte zu übergeben. Sie haben sich weiterhin der französischen Ausfuhrkontrolle gebeugt und weitere Abkommen über die Lebensprodukte der Kohle in Aussicht gestellt. Der Erfolg dieses Abkommens, dessen grundsätzliche Schwere dadurch allerdings nicht gemindert wird, ist die Verwirklichung der Weigerung, die Kohlenlieferungen zu Gunsten der Besatzungskosten aufzunehmen, ohne daß eine Entscheidung auf Reparationskonto erfolgt. Die Ablieferung geht jetzt an die Alliierten, nicht lediglich in die Tasche der Franzosen. Auch gegenüber dem Abkommen der Otto-Wolff-Gruppe bedeutet der gegenwärtige Vertrag insoweit einen Fortschritt, als die Nachzahlung der Kohlensteuer von 74 Millionen Dollar auf 15 Millionen herabgesetzt und auch die laufende Kohlensteuerzahlung vermindert ist. Von der getroffenen theoretischen Festlegung bis zu ihrer Durchführung ist der Weg noch weit. Die gesamte Industrie und vor allem das Verkehrs- und Handelswesen befinden sich weiterhin in einem Zustande der völligen Verwirrung. Eine schwere Belastung der Reichsanwaltschaft ist außerdem die Tatsache, daß die Franzosen ihren Willen, nicht mit der Regierung, sondern mit einzelnen Interessengruppen zu verhandeln, durchgedrückt haben und daß hierdurch die tatsächliche Kodierung des Ruhrgebietes im Westen in Vertragsform ihrer Befähigung gesunden hat.

Besprechungen Poincaré's mit Barthou.

Paris. Ministerpräsident Poincaré hatte gestern eine längere Unterredung mit dem Vorsitzenden der Reparationskommission Barthou. Aus einer Mitteilung des „Matin“ ersieht man, daß über das deutsche Export beraten wurde, das Staatssekretär Fischer über die wirtschaftliche und finanzielle Lage Deutschlands vor der Reparationskommission gegeben hat. Außerdem ist über den vorgeschlagenen abgeschlossenen Düsselbacher Wasserungsvertrag verhandelt worden, dessen Art. 17 vorkreuzt, daß die Reparationskommission über den Vertrag der Steuern und die Nachzahlung der Besatzungskosten zu entscheiden haben wird. Nach dem „Temps“ sei nun zu bestimmen, ob diese Stipulation der Kompetenz der Reparationskommission unter-

steht oder von den alliierten Regierungen selbst geregelt werden muß.

Ein holländisches Urteil über die Schmach im Ruhrgebiet.

H Rotterdam. In einem Artikel des „Nieuwe Rotterdamse Courant“ heißt es: „Ein Versuch im Ruhrgebiet erweckt das Gefühl der Beschämung über das, was das gegenwärtige Europa in diesem Land begangen hat. Nicht man, nach Hause gekommen, die letzten Reben von Johar und Poincaré, dann überlegt man schauernd, in welchem Maße man es heute fertig bringt, sich selbst und die Völker Iere zu führen. Vergleiche man diese Zustände mit dem, was in ein paar Hauptstädten darüber bekannt gemacht wird, so bekommt man den Eindruck, daß das moralische Gefühl der Völker nicht besonders groß ist. Wenige hundert Kilometer von den betreffenden Hauptstädten können Dinge geschehen, die die dafür verantwortlichen Völker, wenn er ihre Verblendung gewichen ist, als ein dummes barbarisches Verbrechen betrachten werden, wenn auch gegenwärtig kein Gefühl für die tatsächliche Lage zu den Parlamenten durchzubringen scheint. Wenn das französische Volk die Wahrheit würde, so würde niemand, der seine Geschichte kennt, daran zweifeln, wie es reagiert wird. Aber es weiß nichts von diesen Dingen, weil die französische Presse aus eigener Initiative dem Volksbewußtsein die Tatsachen so verheimlicht, wie dies keine offizielle Zensur tun könnte. Ist es ein Wunder, daß es im Ruhrgebiet immer wieder zu Ausbrüchen der Ungeheuer und der Verwüstung kommt? Forderungen sind alle Tage Straßenerceits. Täglich fallen Tote in den besten Gebieten. Dinge, die vor zehn Jahren in der ganzen Welt Verurteilung erregt haben würden, seien jetzt nur als kleine Neuigkeit. Trotzdem kann man sagen, daß das Volk im Ruhrgebiet in großer Selbstbeherrschung verhungert.“

Zum Verbot der radikalen Parteien.

Die von General v. Seekt ausgesprochenen Verbote gegen die extremen Parteien haben bereits im Laufe des Freitags zu Beschwerden darüber geführt, ob und wie ein Fortbestand der Parteien während der Zeit des Verbots zu sichern ist. Wie verlautet, haben die Kommunisten wichtige Besprechungen abgehalten, in denen man sich darüber einig war, daß die illegale Fortführung der Organisationen sicherzustellen sei. Die Arbeiter sind im Augenblick natürlich durch die Tatsache gebremst, daß die vorhandenen offiziellen Parteiposten und die ihnen zugehörigen Funktionen besetzt worden sind, doch glaubt man die finanzielle Krise überwinden zu können. Für die verbotene „Rote Fahne“ soll übrigens ein Organ geschaffen werden, doch steht es noch nicht fest, ob eine bereits existierende periodische Zeitschrift für diesen Zweck in Anspruch genommen oder ob eine Neugründung unter anderer Flagge erfolgen soll. — Namens der völkischen Führerschaft hat der Reichstagsabgeordnete Major a. D. Henning am Freitag an den Reichspräsidenten ein Schreiben gerichtet, in dem er sich wegen des Verbots der deutschvölkischen Freiheitspartei durch General v. Seekt beklagt. Er bezeichnet diese Maßnahme als einen Verstoß gegen die Reichsverfassung und eine Überforderung der dem Oberbefehlshaber verliehenen Kompetenzen. In einem zweiten Schreiben an General v. Seekt betont Henning, daß Seekt über die Ziele der Partei falsch unterrichtet worden sei.

Tagung der Interalliierten Militärkontrollkommission in Berlin.

London. Der diplomatische Berichtskorridor des „Observer“ schreibt, es werde erwartet, daß die alliierte Militärkontrollkommission Anfang dieser Woche in Berlin aufzutreten werde. Das britische Mitglied der Kommission Vensham müsse in enger Fühlung mit dem Foreign Office bleiben bei der heiklen Arbeit der Wiederherstellung der militärischen Kontrolle über ein Deutschland, dessen künftige Lage nicht vorausgesehen werden könne. Die Politik, die er durchzuführen habe und deren er in enger Fühlung mit Lord Curzon stehe, bezwecke, sicherzustellen, daß kein Versuch gemacht werde, eine Kontrolle in Teilen Deutschlands auszuüben, wo augenblicklich die Berliner Regierung keinerlei wirksame Autorität ausüben könne. Nach britischer Ansicht würde es ein Dorn im Auge des französischen Volkes sein, wenn ein solches Versagen die Befriedigung als Bezug anzulegen.

Um den Unterhalt der Reparationskommission.

Paris. Der „Matin“ schreibt, die deutsche Regierung, die nach dem Friedensvertrage für den Unterhalt der Reparationskommission sorgen müsse, habe bis zum Juli ihre Verpflichtungen nach dieser Richtung erfüllt; seitdem aber sei trotz wiederholter Aufforderungen die fällige Summe nicht gezahlt worden. Die Reparationskommission habe deshalb die notwendigen Summen für die Bezahlung der Beamten aus einem Reservefonds entnommen, dessen Höhe 25 Millionen Francs betrage. Diese Summe genüge, um bis zum 31. Januar die dringenden Ausgaben zu decken. Selbst wenn man einen hohen Prozentsatz des Vertriebs entlasse, könne man den Fortbestand der Reparationskommission nur für zwei bis drei Monate sicherstellen.

Defers Wirtschaftsprogramm.

Reichsvereinsminister Defers hatte kürzlich die Präsidenten der Reichsbahndirektionen nach Berlin berufen, um mit ihnen eine Reihe von Fragen zu besprechen, deren Lösung angesichts der ersten finanziellen Lage des Reiches unverzüglich in Angriff genommen werden muß. In eingehender Rede entwickelte der Reichsvereinsminister sein